

Hans-Jürgen Schlegel (Leiter der AG Klimaschutz Sachsen e.V., Mitglied VEE Sachsen e.V.)

Braunkohle – Klimaerwärmung – Energiewende – Ein endloser Streit?

Von den zahlreichen Problemen in Deutschland und Sachsen zeichnet sich eines besonders durch seine schwarzbraune Farbe sowie seinen rußigen Charakter ab: **Braunkohle!** 300 Millionen Jahre verblieb die Braunkohle im Boden bis die Menschen den Wert der Kohle für die Energieversorgung erkannten und die Erde großflächig aufgruben, um den Bodenschatz zu fördern, zu verbrennen und in elektrischen Strom sowie Wärme zu wandeln. In kaum zweihundert Jahren verbrennt die Menschheit diese Kohle, die in der Natur in Millionen von Jahren entstanden ist. Bei der einfachen Kohleverbrennung bleibt es leider nicht, denn diese ist mit Emissionen von Treibhausgasen (CO₂, CH₄, N₂O), Ruß, Staub und giftigen Schwermetallen, wie Quecksilber, Blei, Cadmium, Nickel, etc. verbunden. Nur allein im Braunkohlekraftwerk „Lippendorf“ im Leipziger Südraum wurden 2010 hochgiftiges Quecksilber und Blei mit jeweils 1.160kg, bzw. 789kg in die Atmosphäre emittiert. Zusätzlich verbleiben staubige zig Quadratkilometer große und tiefe Narben auf der Erdoberfläche als Tagebaurestlöcher, die unwirtlichen Mondlandschaften ähneln und erst nach Jahrzehnten mit Milliarden Euro Aufwand wieder in annehmbare Kulturlandschaften umgestaltet werden können. Zehn Milliarden Euro hat die bisherige Sanierung der Bergbaufolgelandschaften gekostet, und weitere sechs Milliarden Euro werden noch notwendig sein. Auch diese Summe könnte sich als nicht ausreichend erweisen, da insbesondere in der Lausitz rund 17.000ha bereits sanierte Bergbauflächen wegen akuter Rutschungsgefahr der Böschungen wieder gesperrt werden mussten und geologisch bedingt, die in den Tagebaurevieren vorhandenen Gewässer durch die Schadstoffe Eisenhydroxid und Sulfate stark belastet werden. Die Bergbausanierung gehört zu den anspruchsvollsten Pioniervorhaben sowie zu den teuren Steuerzahlerlasten.

Zunächst haben wir nur einige der primären Folgen der Braunkohleförderung und –verstromung zur Energiebereitstellung betrachtet und die klimabedrohenden Folgen außen vor gelassen. Aus der Sichtweise des Klimaschutzes, den ich bekanntermaßen seit rund 15 Jahren vertrete, formen sich die Bilder noch viel dunkler. Die Braunkohleverstromung gehört zu den klimaschädlichsten Arten der Energiebereitstellung. Mit keinem anderen fossilen Energieträger, ob Steinkohle, Erdöl oder Erdgas gelangen solch große Mengen an Kohlenstoffdioxid (CO₂) in die Atmosphäre. Überschlüssig ausgedrückt, emittieren beim Verbrennen von einer Tonne Braunkohle rund eine Tonne CO₂ in die Atmosphäre; es können durchaus noch mehr sein! Treibhausgase und besonders CO₂ - wegen dessen riesiger Menge – belasten die Atmosphäre und verursachen die anthropogene globale Klimaerwärmung. Zur Verhinderung katastrophaler Klimafolgen für die Menschheit müssen wir die CO₂-Emissionen in einem sehr überschaubaren Zeitraum auf null Tonnen herunterfahren, was genau als Ziel der Energiewende in Deutschland von Bundestag und Bundesrat beschlossen wurde. Die Energiewende selbst wurde im Sommer 2011 zwar mit einer anderen Begründung „Katastrophe im Atomkraftwerk im japanischen Fukushima im März 2011“ in die Wege geleitet. Anders wäre es auch nicht möglich gewesen, die Bundestagsabgeordneten der damaligen Koalition zu einem deutlichen „Ja“ zu bewegen. Die wahre Begründung beinhaltet die nachfolgende These:

„Die atomare Katastrophe – der GAU in Fukushima -, ausgelöst von einem Erdbeben der Stärke 9,0 ist **nicht** der tatsächliche Treiber der Energiewende, **sondern** die maßgeblich vom Menschen ausgelöste **Klimaerwärmung!**“

Mitte Januar 2016 verkündeten NASA und NOAA in einer gemeinsamen Presseerklärung, dass 2015 als das bisher global wärmste Jahr seit Beginn der regelmäßigen Messungen 1880 ermittelt wurde. Die NOAA¹ kam auf eine positive Abweichung gegenüber dem Referenzzeitraum 1951 – 1980 von 0,90K [Abb. 1]. Seit 1978 zeigt der Trend nur in Richtung Erwärmung. In vielen Ländern des globalen Südens beeinträchtigen die Folgen der Klimaerwärmung, wie Hitze, Dürren, Überschwemmungen, Stürme, etc. bereits jetzt die Existenzgrundlagen der Menschen. Mitteleuropa und Deutschland werden ebenfalls von den Klimastreifschüssen getroffen.

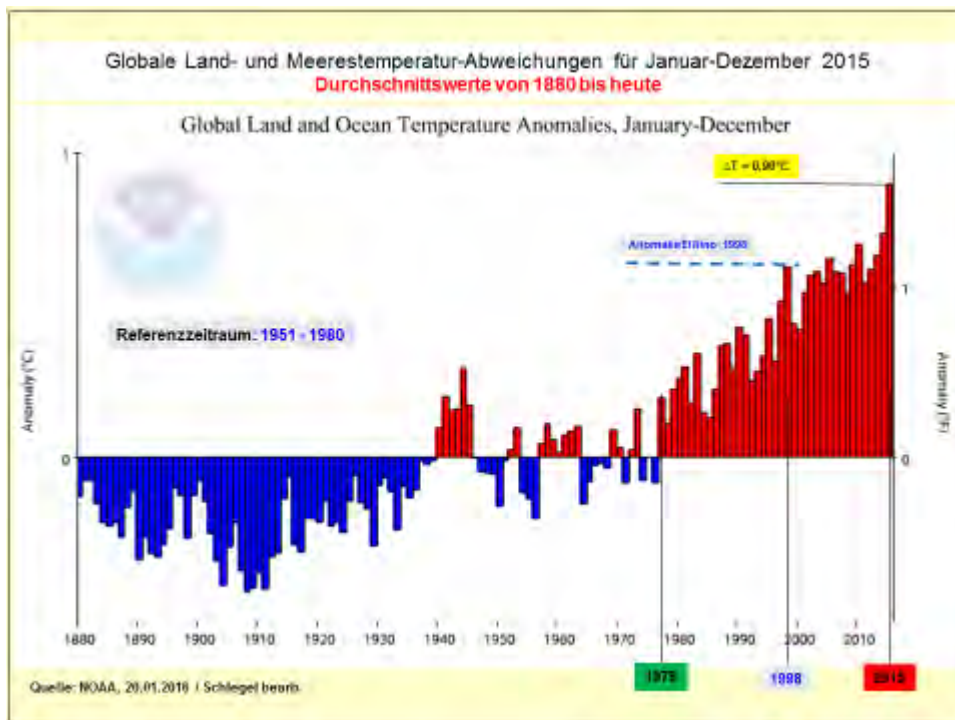


Abb. 1: Globales Temperatur-Anomalien-Diagramm nach NOAA für 2015
¹ NOAA: National Oceanic and Atmospheric Administration

Die Klimawissenschaft sorgt dafür, dass wir Bescheid wissen, was uns als Menschen in der nächsten Zukunft erwartet. Nach vielen Jahren Verhandlungen hat sich auch die internationale Staatengemeinschaft durchgerungen und im Dezember 2015 in Paris das „**2°C-Ziel**“ völkerrechtlich verbindlich beschlossen. Ja, die zulässige globale Erwärmung soll nicht über 2°Celsius ansteigen, besser noch deutlich darunter bleiben. Bei den derzeitigen CO₂-Emissionen handelt es sich um eine außerordentlich ehrgeizige Zielstellung, die nur gelingen kann, wenn Industriestaaten, Schwellen- sowie Entwicklungsländer mit aller Konsequenz die „**Dekarbonisierung**“ ihrer Volkswirtschaften vorantreiben. Deutschland und seine braunkohleverstromenden Bundesländer können und dürfen sich nicht ausklammern. Die Bundesländer Sachsen und Brandenburg verharren in Sturheit, wenn es um den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung geht.

Deshalb aus wissenschaftlicher Sicht einige Anmerkungen zu den noch emittierbaren Treibhausgas-mengen in Kohlenstoff-Äquivalenten. Prof. THOMAS STOCKER, Uni Bern und international bekannter Klimaforscher berichtete in einem Anfang Mai 2016 in Vaduz (Liechtenstein) gehaltenen Vortrag über das „Carbon-Budget“, welches für das Nichtüberschreiten des „2°C-Ziel“ entscheidend sein wird.

Nach STOCKER dürfen noch höchstens 195 Gigatonnen C_{eq} emittiert werden, wenn das „2°C-Ziel“ nicht überschritten werden soll. Unter Bezug auf den gegenwärtigen nicht gebremsten globalen C-Ausstoß [2015: $m \approx 10,9 \text{ Gt C}$] ist das „Carbon-Budget“ bis zum Jahr 2035 aufgebraucht. Könnte die Lage bei nüchterner Betrachtung eigentlich ernster sein? Für die in der Verantwortung stehenden Politiker/innen offensichtlich nicht. Denn momentan wird alles getan, um die Klimaprobleme zu negieren oder zumindest herunter zu spielen. Lobbyisten der Energiekonzerne mit ihren Einflussmöglichkeiten drehen an jedem Rad um die Energiewende abzuwürgen. Dabei finden sie Verbündete in den Regierungsparteien des Bundes sowie in den Ländern.

Wenn die Energiewende in Deutschland zum Erfolg kommen soll, dann muss diese „von unten“ angeschoben werden. Um solche gesellschaftlichen Aktionen auf den Weg zu bringen, bedarf es zahlreicher Aktivisten, die sich meist aus innerer Überzeugung, aus Idealismus, christlicher Verantwortung oder sonst welchen Gründen finden. Von den zahlreichen Öko-Bewegungen hat sich die Gruppe „Ende Gelände“ als Anti-Kohlekraft-Bewegung bereits im Sommer 2015 durch die Besetzung des Braunkohletagebaus Garzweiler (NRW) in die mediale Öffentlichkeit geschoben. Am Pfingstwochenende im Mai 2016 hatten die Aktivisten für Klimaschutz ihre Protestaktionen im Lausitzer Braunkohlerevier angemeldet. Leider verliefen die Proteste der rund 3.500 Teilnehmer nicht ausschließlich friedlich, sondern mündeten in Besetzungen [Abb. 2] der zum Vattenfall-Konzern gehörenden Tagebau Welzow (BB) und Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ (BB).



Abb. 2: Protestaktionen von „Ende Gelände“ Pfingsten 2016

Klar, dass diese Aktionen die Diskussionen über Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit in der politischen und medialen Öffentlichkeit anfachen mussten, denn die Besetzung von Tagebau und Kraftwerk dürfte eben nicht mal so ganz spontan aus einem Bauchgefühl heraus entstanden, sondern wohl durchdacht und generalstabsmäßig vorbereitet worden sein. Die einheitlichen Anzüge der Klimaaktivisten lassen da keine Zweifel.

Nach den Erfahrungen aus deutschen Fußballstadien ist die Schwelle zu militanter Gewalt, ohne Rücksichtnahme auf die Mitmenschen, in den letzten Jahren erheblich gesunken, was sicher mit unserem Werteverfall zu tun hat. Die Veranstalter sehen ihre Aktionen unter einem völlig anderen Licht:

„. . .Die Besetzung des Braunkohletagbaus, der Gleise der Kohlebahn und des Kraftwerks Schwarze Pumpe selbst mögen nach dem aktuellen Recht illegal sein – im Angesicht der extremen Folgen des anthropogenen Klimawandels sind sie legitim. So lange es keinen starken Willen gibt, der in Deutschland Klimaschutz durchsetzt und auf internationaler Ebene Verantwortung übernimmt, so lange liegt es an Aktivisten, den Klimaschutz selber in die Hand zu nehmen. . . .“

Wir wollen nicht tiefgründig über die Wertevorstellungen der Klimaaktivisten von „Ende Gelände“ und verwandten Organisationen schürfen. Man kann diesen Gruppen auf jeden Fall viel Idealismus bescheinigen, und dass diese das Gute für die Welt wollen. Doch wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem es Regeln des Zusammenlebens gibt, die für alle gelten. Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch sind strafbare Handlungen und müssen auch solche bleiben. Wer kann eigentlich dafür sein, dass Fremde in die eigene Wohnung einsteigen und das noch rechtens finden? Mit Gewalt lassen sich die Klima- und Energieprobleme nicht lösen.

Am 02. Juni 2016 haben rund 8.000 Demonstrierende in Berlin bewiesen, dass es nicht nur friedlich abgehen kann, sondern muss [Abb. 3]. Berlin hat schon viele, auch größere Demonstrationen erlebt, dennoch blieb es höchst eindrucksvoll, wie sich der Zug vom Bundeswirtschaftsministerium, vorbei am Bundeskanzleramt, hin zum Brandenburger Tor bewegte.



Abb. 3: Protestaktion gegen EEG-Novelle 2016 in Berlin

Die von „Ende Gelände“ organisierten Anti-Braunkohleproteste fanden sowohl im Brandenburger Landtag, als auch im Sächsischen Landtag ein parlamentarisches Nachspiel. In Sachsen zeigte die CDU-Landtagsfraktion ihre impulsive Ablehnung der Protestaktion über Pfingsten im Lausitzer Braunkohlerevier. Die Energiepolitischen und Wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU, wahrscheinlich auch weitere CDU-MdL, beschimpften die Protestler als „Krawallbrüder“, „Partisanen“, „Terroristen“ und bezogen selbst einige MdL aus den Landtagsfraktionen „Die Linke“ und „Bündnis 90 / Die Grünen“ mit ein. Diese Art von politischer Kultur findet unsere Verurteilung, genauso wie das Besetzungs- und Zerstörungsgeschehen in Tagebau und Kraftwerk durch die Klimaaktivisten von „Ende Gelände“. Über Missbilligungen der Verunglimpfer von MdL anderer Parteien entscheiden nicht wir als friedliche Klimaschützer, sondern der Landtagspräsident. Seine Entscheidung ist uns nicht bekannt.

Genauerer können wir zu den inhaltlichen Attacken aus der CDU-Fraktion sagen. So der Wirtschaftspolitische Sprecher:

*„Was in der Lausitz geschehen ist, werden wir **im Plenum besprechen!** Gewalt unter Deckmantel des Klimaschutzes ist Hohn.“* Und der Sprecher legt nach, in dem er seinen Brandenburger CDU-Kollegen zitiert:

„Ohne die Braunkohle hat die Energiewende keine Chance.“ In der Anfügung heißt es: *„. . . zu einer stabilen Grundversorgung mit Energie brauchen wir die Braunkohle mit einem gut 20-prozentigen Anteil am Gesamtenergiemix noch mindestens 50 Jahre als Brückentechnologie.“*

Der Energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion steht seinem Fraktionskollegen ordentlich bei:

„. . . Deshalb brauchen wir nach unserer festen Überzeugung die Braunkohle weiter für die Erzeugung von Energie als Brückentechnologie. . . . Es geht um die Sicherung des Industriestandortes Deutschland und um die Sicherung dessen, dass immer genügend Energie für die Industrie zur Verfügung steht.“

Unter dem Deckmantel Klimaschutz, diesen mit Gewalt erzwingen zu wollen, verurteilen wir, gleich ob wir als Praktiker oder als Wissenschaftler im Fachgebiet tätig sind. Bei den Behauptungen „keine Energiewende ohne Braunkohle“ oder dass die Braunkohleverstromung **„noch mindestens 50 Jahre als Brückentechnologie“** gebraucht würde, da sträuben sich die Haare.

Nun ist es nicht unbekannt, dass Politiker/innen, wenn diese in ein Parteiamt berufen werden, sofort mit dem Attribut „Experte“ versehen werden. Zu den Fakten gehört es, dass ein „Experte“ unbedingt über ausreichende und belastbare Fachkenntnisse verfügen muss, die nicht per Dekret verteilbar sind, sondern in mehrjährigem Fachstudium und arbeitsintensiv in der Praxis erworben werden müssen. Unabhängig von den für die jeweilige Position nicht sonderlich geeigneten Ausbildungsrichtungen der beiden Sprecher, lassen solche Aussagen von „noch mindestens 50 Jahre Brückentechnologie“ keinesfalls einen Kenntnisstand voraussetzen, der das Attribut „Experte“ rechtfertigen würde.

Als Politiker für Wirtschafts- und Energiefragen sollte man es wissen:

Bereits der G7-Gipfel im bayerischen *Schloss Elmau* bei Garmisch-Partenkirchen hat im Juni 2015 dringend die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft empfohlen.

Im Dezember 2015 beschlossen 195 Staaten den Weltklimavertrag der UNO in Paris. Im Weltklimavertrag geht es um die Beschränkung der globalen Erderwärmung auf höchstens 2°C, gegenüber dem Zeitraum ab 1880, besser noch darunter. Dieses Ziel kann nur durch den Ausstieg aus der fossilen Energiebereitstellung erreicht werden.

Noch etwas käme hinzu, worüber ein Wirtschaftspolitischer, bzw. ein Energiepolitischer Sprecher als „Experte“ Kenntnisse haben müsste. So hat sich Papst Franziskus mit seiner Enzyklika **„LAUDATO SI“**, auf Deutsch: „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ im Sommer 2015 nicht nur an die katholischen Christen, sondern an alle Menschen dieser Welt gewendet. Der Papst verweist darauf, dass das Klima

ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle ist, und dass wir uns in einer besorgniserregenden Erwärmung des Klimasystems befinden. Auf einen direkten Auszug wollen wir verzichten, denn die päpstliche Enzyklika „LAUDATO SI“ lässt sich im Internet schnell in deutscher Sprache recherchieren.

Am 22.04.2016 unterzeichneten in feierlicher Form etwa 170 Staaten den Weltklimavertrag am Sitz der UNO in New York. Ersterer war der französische Präsident, der zusagte, dass Frankreich den Weltklimavertrag noch in diesem Jahr ratifizieren würde.

Warum wollen sächsische Unionspolitiker sich den Fakten so hartnäckig verweigern ? Der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wird spätestens bis 2035 kommen, wahrscheinlich noch etwas früher, denn die hochentwickelten Industriestaaten müssen den Schwellen- und Entwicklungsländern noch einige Milliarden Tonnen aus dem „Carbon-Budget“ für deren wirtschaftliches Vorankommen abgeben. Sachsen braucht schnellstens ein *Klimaschutzgesetz* sowie ein *Strukturanpassungsgesetz* für die Braunkohlegebiete. Auch die Klimaschützer wollen nicht, dass vor allem in der schwachen Industrieregion Lausitz die Arbeitsplätze schlagartig ausgehen. Die Ansiedlung von Unternehmen der Erneuerbaren Energien könnte der Region gut tun. In Sachsen gibt es mit 9.500 bis 10.000 Beschäftigten in der EE-Branche mehr als dreimal so viele Arbeitsplätze gegenüber Kohlebergbau und Kohleverstromung. Und hätte die Politik 2011 nicht die Solarindustrie in den Abgrund getrieben, verfügten wir in Sachsen heute über etwa 15.000 Arbeitsplätze, darunter zahlreiche Hightec-Arbeitsplätze!

Die Überschrift dieses Papers enthält zwar nur den Begriff „Klimaerwärmung“, doch ist die Klimaerwärmung immer mit Folgen gekoppelt. Im Zeitraum von etwa 25.05. bis 10.06.2016 hatte sich über Deutschland ein „Tief Mitteleuropa“ eingenistet. Da die Höhenwinde fehlten, blieb das Tief ortsfest und verursachte Gewitter mit Starkregen, Hagel, Sturmböen und Tornados.



Abb. 3: Sintflutartiger Regen verwüstet Simbach am Inn (Bayern)

Manche Orte in Deutschland wurden total verwüstet, wie z.B. die Gemeinde **Simbach am Inn** im süd-östlichen Bayern [Abb. 3]. Hier waren leider sieben Todesopfer zu beklagen. Etwa 600 Häuser wurden von den Wasser-, Geröll- und Schlammmassen so schwer beschädigt, dass wahrscheinlich bis zu 400 Gebäude abgerissen werden müssen. Tausende Menschen verloren Hab und Gut und wären in ihrer Existenz total bedroht, wenn nicht staatliche Hilfe zugesagt würde. Zu den Schäden gibt es nur erste Schätzungen, doch diese gehen in den Milliarden Euro-Bereich. Für die Betroffenen muss es das reinste Inferno gewesen sein, denn die Zerstörungen fanden innerhalb kürzester Zeit statt. Simbach am Inn steht hier stellvertretend für zahlreiche Orte in Deutschland, die von Unwettern heimgesucht wurden. Da ist die Gemeinde **Braunsbach** im östlichen Baden-Württemberg zu nennen, aber auch Sachsen war mehrfach betroffen. Am letzten Maiensontag tobte im Gebiet um **Eibenstock** (Erzgebirge) ein schweres Hagelunwetter. Der Hagel lag teils bis zu einem halben Meter hoch: Einsatz des Winterdienstes im Sommer!

Nach kurzer Pause traten auch nach dem 10.06.2016 neue Unwetterfronten auf. In Deutschland boten sich Bilder, die sonst nur aus den fernen Gebieten der Welt via Fernseher in die Wohnstuben kommen. Nicht nur Deutschland versank in den Unwettern, sondern auch unsere unmittelbaren Nachbarn Frankreich, Benelux-Länder, Österreich, Schweiz und Tschechien. Sofort tauchen die Fragen auf, ob diese Unwetter etwas mit dem Klimawandel zu tun hätten. Einige Meteorologen beeilten sich zu erklären, dass es sich um Wetterextreme handelt, die wenn auch selten, so doch vorkommen. Direkt falsch können Aussagen dieser Art nicht sein, nur leider sehr undifferenziert. Unabhängig vom Klimawandel treten zu allen Zeiten extreme Wetter in der o.g. Art auf. Das liegt einfach am chaotischen Zustandekommen des Wetters. Trotzdem suchen wir nach den möglichen Ursachen, und ob sich da ein Trend abzeichnet.

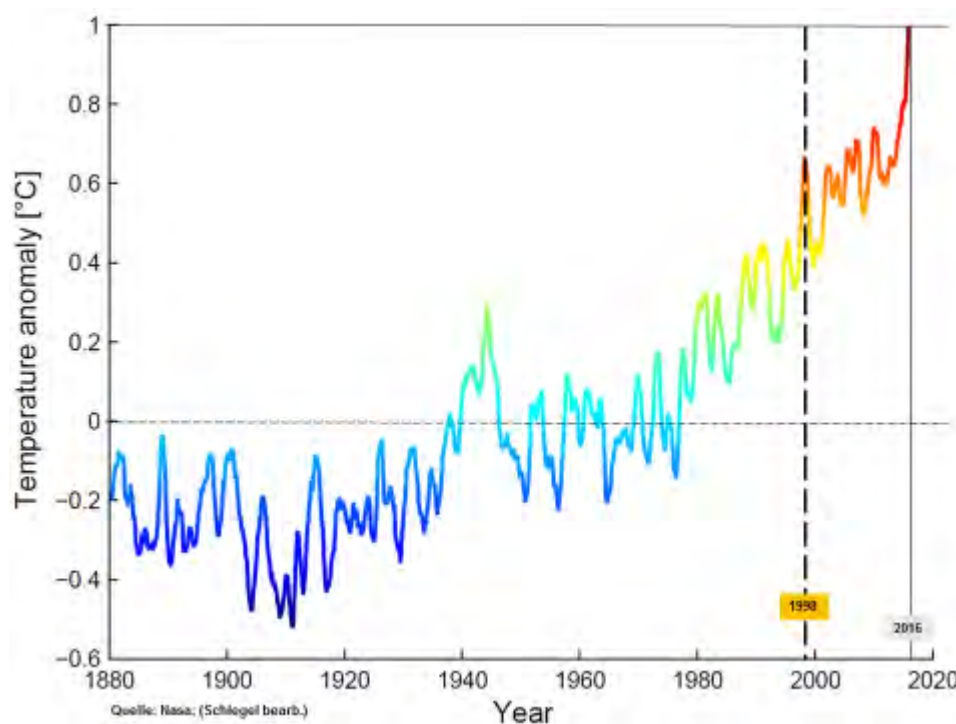


Abb. 4: Verlauf der globalen Temperatur seit 1880 aus NASA-Daten – Gleitender Mittelwert über zwölf Monate

Auch das *Europäische Institut für Klima und Energie e.V.* (EIKE), ein Zusammenschluss von Klimaleugnern mit Briefkastensitz in Jena (Thüringen), konnte sich nicht schnell genug beeilen, um zu verkünden, dass die Unwetter natürlich nichts mit einem anthropogenen Klimawandel zu tun hätten. Da wurde ein Artikel in SPIEGEL ONLINE vom 08.06.2016 mit dem Titel „**Starkregen in Deutschland: Das Unwetter und der Klimabluff**“ fast frenetisch bejubelt.

Mit Unwetterbildern, ob nun aus *Braunsbach* (BW), *Simbach am Inn* (BY) oder beliebigen anderen Orten lassen sich keine Beweise führen, aber Tendenzen erkennen. Ein Blick auf die [Abb. 4] reicht vollständig aus, um zu sehen wie die globale Temperatur steigt. Wenn die Luft um 1K wärmer wird, kann diese 7% mehr Wasserdampf aufnehmen. Der Wasserdampfgehalt ist im Zuge der globalen Erwärmung weltweit um rund 5% angestiegen. Diese Tatsache beruht eben auf einer physikalischen Gesetzmäßigkeit [Clausius-Clayperon-Gleichung]. Prof. STEFAN RAHMSTORF, Klimaforscher am PIK Potsdam behandelte diese Zusammenhänge erst jüngst in einem seiner Blogbeiträge, gleichfalls mit dem Verweis auf die gezeigte NASA-Temperaturgrafik. Viele Gewitter fallen wegen ihrer geringen Ausdehnung heute noch durch die Maschen des Wetterstationsnetzes, so dass die statistischen Daten noch nicht ausreichend gesichert sind. Das wird sich in den nächsten Jahren, aufgrund der technologischen Fortschritte in der Wetterradarerfassung, deutlich verbessern. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) gab im o.g. Zeitraum rund **3.000 Unwetterwarnungen** heraus, was bisher einmalig ist.

Der o.a. Autor und Spiegel Online-Journalist ist für seine zweifelhaften Darstellungen zum Klimawandel hinreichend bekannt. Was soll eigentlich der Spiegel Online-Normalleser, der nicht unbedingt mit ausreichenden Wetter- und Klimakennnissen ausgestattet ist, von den verwirrenden Aufsätzen glauben? Nicht wissend, dass da ein Klimalaie am Werke ist, kann man schnell auf den ausgelegten Leimruten festkleben. Es ist gut zu wissen, dass wir uns als Klimaschützer, ob Praktiker oder Wissenschaftler, auf seriöse Klimaforscher, wie STEFAN RAHMSTORF (PIK) verlassen können.

Die „Braunkohle – Klimawandel – Energiewende-Probleme“ haben wir in deren Zusammenhängen angerissen und teilweise dargestellt. Jetzt müssen wir uns in gemeinsamer Gruppe aus Klimaforschern, Klimaschützern, EE-Fachleuten, Soziologen, Ökonomen und Gewerkschaften mit den Politikern/innen an einen Tisch setzen, denn die Lösungen müssen schnellstens kommen. In diese Runde müssen auch die Naturschutzverbände aufgenommen werden. Auf dem Weg zu vernünftigen Lösungen muss dringend verbal abgerüstet werden. Wer in Sachen Klimaschutz andersdenkende Politiker/innen und Protestierende als „Krawallbrüder“ oder gar „Terroristen“ bezeichnet, kann kaum auf Vertrauen setzende Gesprächspartner hoffen. Mit dem Begriff „Ökoterrorismus“ ist das ohnehin eine besondere Sache. Gerade Umwelt- und Klimaschützer verstehen unter „Ökoterrorismus“ u.a. den hohen CO₂-Ausstoß der Industrienationen, bzw. die dafür verantwortlichen Energiekonzerne oder auch die, die Energiekonzerne unterstützenden Politiker/innen. Mit verbalen Ökoschwertern kommen wir nicht zum Ziel. Die Klima- und Energiediskussion muss endlich wieder auf die Ebene einer sachlichen und vor allem fachlich kompetenten Argumentation gestellt werden. Das darf durchaus als Forderung an die sächsische Regierungspolitik verstanden werden. Genauso distanzieren wir uns von gewaltsamen Attacken solcher Gruppen, die als Klimaschützer Tagebaue oder Kraftwerke besetzen und dabei Betriebsanlagen, Infrastruktur, etc. vorsätzlich beschädigen oder gar zerstören.

Die Bundesrepublik Deutschland hat maßgeblich zum Erfolg des Pariser Weltklimagipfels im Dezember 2015 in Paris beigetragen. Die Weltgemeinschaft strebt verbindlich an, dass die durch den Menschen verursachte globale Erwärmung möglichst unter 2°C gehalten wird. Diese Beschlüsse sind auch für die sächsischen christdemokratischen, einschließlich aller anderen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteipolitiker verbindlich und durchzusetzen. Mein persönlicher Appell zielt auf Vernunft und Verantwortung gleichermaßen. Der schweizerische Klimaforscher Prof. STOCKER von der Uni Bern sagte sinngemäß, dass wir den Entscheidungsträgern – gemeint sind die Politiker/innen – die Fakten der Wissenschaft zur Verfügung stellen müssen, damit diese nicht basierend, auf Halbwahrheiten oder nach Partikularinteressen von Konzernen und Wirtschaftsverbänden entscheiden müssen. Leider müssen wir die Anfälligkeit der Politik allgemein gegenüber den Behauptungen der professionellen Klimaleugner feststellen. Auch in Sachsen lässt sich bei einigen politisch Verantwortlichen die geistige Nähe zu EIKE nicht übersehen. EIKE e.V. leugnet den anthropogen verursachten Klimawandel mit all seinen negativen Folgen; vielleicht aus innerer Überzeugung, vielleicht aus finanziellem Interesse oder aus beiden. EIKE-Mitglieder mischen auch in der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) ordentlich mit. Der Klima-Energieteil im Parteiprogramm wurde vom EIKE-Vize-Präsidenten verfasst. Wer politisch nicht aufpasst, bzw. unerfahren ist, kann schnell mit rechtem Gedankengut über- und durchzogen werden.

Als Klimaschützer sind wir nicht geprägt, mit besonderer Lust den Klimakollaps zu verkünden. Die Welt geht nicht unter; das Leiden würde nur die Menschheit betreffen. Unser Denken und Handeln ist auf die Zukunft unserer Kinder und Enkel gerichtet, deshalb muss die gegenseitige Kriminalisierung sofort aufhören. Von unseren Volksvertretern erwarten wir endlich Ehrlichkeit, denn solche Aussagen, wie „Kohle- und Kernkraftwerke liefern bezahlbare Energie“ entsprechen nicht der Wahrheit. Eine richtige Aussage ist dagegen: Eine erfolgreiche Energiewende schafft den Industriestandort Deutschland nicht ab, sondern stärkt diesen, da wir in zahlreichen Positionen die internationale Technologieführerschaft übernehmen können. So können wir unseren Wohlstand erhalten und ausbauen. Besonders appellieren wir an unsere Bundestagsabgeordneten, dass diese dem vorliegenden Entwurf der EEG-Novellierung 2016 im Bundestag nicht zustimmen sollten. Diese EEG-Novellierung dient nicht dem Klimaschutz, schadet massiv den mittelständischen Unternehmen der EE-Branche und sichert nur die Gewinne für die Energie-Konzerne.

Autor:



Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Schlegel
Referent Klimaschutz a.D.

Döbeln, 04.07.2016